

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE

Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse der 28. Ostseeparlamentarierkonferenz in Oslo, Norwegen, vom 25. bis 27. August 2019

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 28. Ostseeparlamentarierkonferenz [Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)] am 27. August 2019 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeit zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 28. BSPC sowie dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und dessen Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass die schriftlichen Berichte über nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion und über die Arbeit der Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee durch den Landtag vorgelegt wurden, jahrelang war Sylvia Bretschneider für diese Themengebiete Co-Berichterstatterin;
 - b) dass Herr Abgeordneter Jochen Schulte als Co-Berichterstatter der BSPC für Maritime Politik einen schriftlichen Bericht über die Entwicklung der integrierten Meerespolitik vorlegte;

Der Landtag erkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung an. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin wahrnehmen und die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz wie bisher unterstützen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
- a) Zusammenarbeit in der Ostseeregion,
 - b) Zukunft des Arbeitslebens,
 - c) Schutzmaßnahmen für die Weltmeere,
 - d) Migration und Integration,
- in der Ostseeregion einzusetzen, diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag entsprechend dem Beschluss des 7. Landtages vom 21. November 2018 zu der Drucksache 7/2803 bis zum 31. März 2020 über die Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge zu unterrichten.

Thomas Krüger und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Nikolaus Kramer und Fraktion

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) hat vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo, Norwegen, stattgefunden. Mehr als 150 Abgeordnete, Regierungsvertreter und Sachverständige aus dem gesamten Ostseeraum trafen sich im „Stortinget“, dem norwegischen Parlament. Die Konferenz stand unter dem Thema „Saubere Ozeane und die Zukunft des Arbeitslebens“. Auch in diesem Jahr wurde zum Abschluss der Konferenz einstimmig eine Resolution verabschiedet. Diese beinhaltet konkrete Handlungsempfehlungen in den Bereichen Zusammenarbeit im Ostseeraum, Arbeitsleben, die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030 sowie Migration und Integration.

Für den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern haben unter der Delegationsleitung der ersten Vizepräsidentin, Frau Beate Schlupp (CDU), die Abgeordneten Herr Dirk Friedriszik (SPD), Herr Philipp da Cunha (SPD), Herr Jens-Holger Schneider (AfD), Frau Simone Oldenburg (DIE LINKE) sowie Herr Jochen Schulte (SPD) als Maritimer Berichterstatter teilgenommen.

Der Präsident der BSPC, Jorodd Asphjell, und der Vizepräsident Jörgen Pettersson eröffneten gemeinsam mit H. E. Tone Wilhelmsen Trøen, Präsident des norwegischen Parlaments, und Audun Halvorsen, Norwegischer Staatssekretär des Ministeriums für öffentliche Angelegenheiten, die diesjährige Konferenz.

Die erste Sitzung stand unter dem Thema „friedliche und enge Nachbarschaft sowie intensive Kooperation, begründet auf demokratischen Werten, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit“, in welcher gemeinsam mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik intensiv über Herausforderungen und Lösungen internationaler Politik debattiert wurde.

„Die Zukunft des Arbeitslebens“ war der Titel der zweiten Sitzung, in der die Redebeiträge von hochrangigen Regierungsvertretern aus Lettland, Litauen, Deutschland, Finnland, Norwegen, Polen und Russland für eine besonders vielfältige Debatte sorgten.

Im Fokus der dritten Sitzung stand „Die Sicherung der Ozeane - Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030“.

Des Weiteren wurde der jährliche Bericht über die Entwicklungen der integrierten Meerespolitik präsentiert; Herr Jochen Schulte ist für den Landtag Co-Berichterstatter. Ebenfalls wurden die Berichte über nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion und über die Arbeit der Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee vorgestellt; jahrelang war Sylvia Bretschneider für diese Themengebiete Co-Berichterstatterin.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz erinnerte zudem an die verstorbene Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, die sich als jahrelanges Mitglied der BSPC, BSPC-Präsidentin von 2014 bis 2015 und Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe für nachhaltigen Tourismus von 2015 bis 2017 unermüdlich für die Stärkung der parlamentarischen Zusammenarbeit im Ostseeraum einsetzte.

Die vierte Sitzung zum Thema „Migration und Integration“ war gekennzeichnet durch die Präsentation der BSPC Arbeitsgruppe zu diesem Thema. Unter anderem sprachen Rama Akid und Sāra Zdanovska als Vertreterinnen des Ostseeparlamentarischen Jugendforums, welches im Mai in Schwerin stattfand. Die besondere Förderung der Einbeziehung Jugendlicher in die Arbeit der BSPC schlägt sich auch in der Konferenzresolution nieder.

Anlässlich der Verleihung des Titels „European Green Capital“ (Grüne Hauptstadt Europas) der EU-Kommission an Oslo fand eine Bootsexkursion statt. Dort wurden den Delegierten nachhaltige und technische Innovationen präsentiert, um die einzigartige Lage zwischen Stadt, Fjord und Wald in Balance zu halten.

Höhepunkt der Ostseeparlamentarierkonferenz war die einstimmige Annahme der Konferenzresolution. Die Veranstaltung endete mit der Übertragung der einjährigen Präsidentschaft an Herrn Valerijus Simulik, Litauen, für die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 22. bis 25. August 2020 in Vilnius.

Konferenzablauf von der 28. Ostseeparlamentarierkonferenz, 27. bis 29. August 2019 in Oslo

„Die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz - Saubere Ozeane und die Zukunft des Arbeitslebens“

Die Eröffnung und Montagsitzungen

Über 180 Delegierte aus den Parlamenten und interregionalen Organisationen des Ostseeraums, Experten und Gäste wurden am Montagmorgen des 26. August von **Jorodd Asphjell**, Präsident des BSPC, und **Tone Wilhelmsen Trøen**, Präsidentin des Storting, im Plenarsaal des norwegischen Parlaments, dem Storting, empfangen.

In ihrer Eröffnungsansprache betonte **Präsidentin Trøen**: „Wenn wir gemeinsame, internationale Herausforderungen lösen wollen, brauchen wir mehr und engere internationale Zusammenarbeit, nicht weniger. Klimawandel, Migration und Sicherheitsfragen kennen keine Grenzen. Regionale Stabilität und freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sind für das Wohlergehen unserer Bürger von wesentlicher Bedeutung.“

Sie äußerte sich zufrieden über die BSPC-Konferenz, die zum dritten Mal von Norwegen veranstaltet wird, und erinnerte das Publikum daran, dass das Thema der BSPC-Konferenz 2004 „Nachhaltige Entwicklung - Gemeinsame Anliegen und Verantwortlichkeiten im Ostseeraum“ gewesen sei. 15 Jahre später wäre das immer noch ein brennendes Thema, denn „saubere Ozeane“ seien eines der Hauptthemen der diesjährigen Konferenz.

Präsidentin Trøen betonte, dass Norwegen sich weiterhin stark für das Pariser Abkommen und die nachhaltigen Ziele der Vereinten Nationen einsetze, wobei grüne Lösungen für die Schifffahrt und die Schifffahrtsindustrie ein wichtiger Beitrag zu beiden seien. In der Meeresstrategie der Regierung spiele die Anerkennung von Crossover-Technologie und Know-how zwischen den Meeresindustrien sowie die Erschließung neuer Potenziale eine wichtige Rolle. Sie stellte fest, dass Norwegen auch die ehrgeizigen Ziele habe, die CO₂-Emissionen der inländischen Schifffahrt und Fischerei bis 2030 um 50 % zu senken. **Präsidentin Tone Wilhelmsen Trøen** wünschte den Parlamentariern eine erfolgreiche Konferenz, einen guten Dialog und bereichernde Diskussionen.

Herr **Audun Halvorsen**, Staatssekretär im norwegischen Außenministerium, stellte „Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit in Nordeuropa“ vor. Er betonte, dass das gut etablierte und vielfältige Netzwerk von Kooperationsstrukturen eine Stärke sei. Aber es sei auch eine Herausforderung, wenn es um die Koordination, das Potential für Überschneidungen und die Notwendigkeit einer starken Priorisierung gehe. Deshalb sagte er: „Wir müssen sicherstellen, dass unsere Arbeit in diesen verschiedenen Foren effizient und effektiv ist und dass wir Synergien schaffen und Doppelarbeit vermeiden (...); eine solche Koordinierung liegt natürlich in der Verantwortung der Regierungen“. Herr **Halvorsen** betonte ein weiteres wichtiges Thema, den Schutz der Ozeane. Er erklärte, dass das Gleichgewicht zwischen der Nutzung unserer Ozeane und dem Schutz derselben heute noch wichtiger sei - sowohl in unserer Nachbarschaft als auch weltweit.

Daher seien multilaterale Zusammenarbeit und internationale Allianzen erforderlich, um die Weltgemeinschaft dazu zu bewegen, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Ozeane gesund und artenreich bleiben. Aus diesem Grund habe der norwegische Ministerpräsident im vergangenen Jahr das hochrangige Gremium für eine nachhaltige Meereswirtschaft eingerichtet. Das Panel bestehe aus 14 amtierenden Staats- und Regierungschefs von Meeres- und Küstenstaaten, die alle Kontinente vertreten. Mit Beiträgen von Experten, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft werde das Gremium der UN-Ozean-Konferenz in Lissabon im Juni 2020 einen Aktionsplan vorlegen. Herr Halvorson teilte den Delegierten mit, dass Norwegen im kommenden Oktober die „Our Ocean Conference“ in Oslo veranstalten werde, um die Bedeutung von Wissen als Grundlage für alle Maßnahmen und Politiken zur Erreichung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums hervorzuheben. Schließlich betonte er die Bedeutung des Zusammenspiels zwischen praktischer, projektorientierter Zusammenarbeit und politischem Dialog. „Der politische Dialog war und ist eine zentrale Voraussetzung für die Einigung über gemeinsame Ziele und Prioritäten. Gleichzeitig erleichtern konkrete Kooperationsprojekte den politischen Dialog und das gegenseitige Verständnis“, so der Sprecher. Mit diesem grundlegenden Punkt schloss Herr **Halvorsen** seine Rede ab.

Jorodd Asphjell, Präsident der BSPC, stellte in seiner Eröffnungsrede fest, dass sich der historische Kontext der BSPC im Laufe der Zeit verändert habe. In diesen Tagen, so betonte er, „befinden wir uns in einer Situation der konstruktiven Zusammenarbeit in vielen Politikbereichen, in denen wir alle nur von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit profitieren können. Auf höchster politischer Ebene sehen wir jedoch weltweit steigende Spannungen.“ Daher sei eine Diskussion darüber erforderlich, wie Spannungen abgebaut und Frieden sowie Wohlstand stabilisiert und erhalten werden können. Herr **Asphjell** begrüßte die hochrangigen Gäste der 28. BSPC, darunter den ehemaligen EU-Kommissar für Menschenrechte, die Minister und Staatssekretäre der Arbeitsministerien der Ostseeländer, den lettischen Verkehrsminister, der den Vorsitz in der Nördlichen Dimension für Verkehr und Logistik führt, und den Staatssekretär des finnischen Umweltministeriums, der in diesem Jahr sowohl den Vorsitz der HELCOM als auch den Vorsitz im EU-Rat für Umweltfragen innehat.

Zusammenfassend informierte er über die norwegische BSPC-Präsidentschaft: „Im vergangenen Jahr hat die Ostseeparlamentarierkonferenz ihre programmatischen und strategischen Ziele sichtbar und in jeder Hinsicht erfüllt und bedeutende Fortschritte erzielt: Auf der Grundlage unserer Strategie und unseres Arbeitsprogramms 2018 bis 2019 sowie unserer Resolution

- haben wir unsere Prinzipien und Kernbotschaften bei vielen ostseerelevanten Veranstaltungen und darüber hinaus kommuniziert,
- haben wir die Zusammenarbeit mit unseren Partnern intensiviert und
- werden unsere programmatischen Anliegen und Inhalte stärker wahrgenommen.

Wir werden immer erfolgreicher, wenn es darum geht, das Handeln der Regierung zu beeinflussen. Wo immer möglich, haben wir die parlamentarische Dimension der Zusammenarbeit betont und gestärkt. Ich hoffe, dass wir Jahr für Jahr immer erfolgreicher für unsere Wählerinnen und Wähler arbeiten können.“

Auf die Eröffnung folgten drei Montagssitzungen. **Die erste Sitzung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum** hat gezeigt, wie intensiv die BSPC mit wichtigen Interessengruppen innerhalb und außerhalb der Ostseeregion zusammenarbeitet. Anreize für die Debatte über „Friedliche und enge Nachbarschaft sowie eine intensive Zusammenarbeit auf der Grundlage demokratischer Werte, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Chancengleichheit für alle“ wurden von Herrn **Nils Muižnieks**, ehemaliger Kommissar des Europarates für Menschenrechte, und **Dr. Alexander Graef** vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (IFSH) gegeben. Anschließend stellten der Vertreter der scheidenden Präsidentschaft des Ostseerats, Botschafter **Juris Bone** aus Lettland, und Frau **Ida Heimann Larsen**, Vorsitzende des Ostseeausschusses Hoher Beamter aus Dänemark, die Prioritäten und Aktivitäten der Ostseeratsvorsitze vor. Traditionell präsentierten eine Reihe von interregionalen Kooperationsorganisationen ihre Erfolge und Möglichkeiten für eine weitere Zusammenarbeit im Ostseeraum.

Die zweite Sitzung über die Zukunft des Arbeitslebens beinhaltete die Reden hochrangiger Experten, Minister und hoher Vertreter der Arbeitsminister aus Lettland, Litauen, Deutschland, Finnland, Norwegen, Polen und Russland. In seiner Eröffnungsansprache stellte der Sitzungsleiter, **Prof. Jānis Vucāns**, Präsident der Baltischen Versammlung, fest, dass die Arbeitslosigkeit in Europa historisch niedrig sei. Er äußerte seine feste Überzeugung, dass der Lebensstandard aller Menschen verbessert werden könnte, sofern die Regierungen zusammen mit den Sozialpartnern in neue und bessere Fähigkeiten, höhere Qualifikationen und Sozialdienste investieren würden. Diese Investitionen könnten eine Talentabwanderung aus der Region verhindern.

Das Thema der Montagssitzung am Nachmittag lautete: **Die Ozeane schützen - Das Erreichen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung 2030** und war eine Folge der Forderungen in der BSPC-Resolution, in der die BSPC nachdrücklich zu Sofortmaßnahmen aufrief, um die Ziele der UN-Agenda 2030 zu erreichen und die Vision einer sauberen Ostsee ohne Meeresverschmutzung zu verwirklichen. Eine weitere Forderung war es, dringend wirksame Maßnahmen gegen das besorgniserregende Niveau von Kunststoffen und Mikroplastik in den Meeren zu ergreifen und auch die von den Vereinten Nationen ausgerufene „Dekade der Ozeanforschung für nachhaltige Entwicklung“ von 2021 bis 2030 vorzubereiten und mitzugestalten. Die Vorsitzende der Sitzung, Frau **Valentina Pivnenko**, Abgeordnete der russischen Staatsduma, sagte: „Das sind ehrgeizige Ziele, aber sie sind notwendig, wenn wir die Situation verbessern und den Zustand der stark verschmutzten Meere verbessern wollen.“ Die Sitzung war die Fortsetzung einer sehr erfolgreichen gemeinsamen Tagung der Ständigen Ausschüsse der BSPC und der PABSEC zum Thema „Schutz unserer Ozeane und Meereslebewesen“ im April 2019 in Istanbul.

Die **dritte Sitzung** war eine Gelegenheit zum Erfahrung- und Meinungsaustausch von Vertretern mit sehr unterschiedlichen politischen Hintergründen. Darunter waren: Herr **Tālis Linkaits**, Verkehrsminister der Republik Lettland, Herr **Vidar Helgesen**, Sonderbeauftragter Norwegens für den Aufbau einer nachhaltigen Meereswirtschaft, und die Berichterstatter der BSPC, Frau **Saara-Sofia Sirén**, Berichterstatterin für Eutrophierung, und Herr **Jörgen Pettersson**, Berichterstatter für integrierte Meerespolitik.

Das **Hauptthema am letzten Tag** der Konferenz war **Migration und Integration** mit der Sitzungsleitung von **Pyry Niemi**, Mitglied des schwedischen Parlamentes, und **Carola Veit**, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft.

Ein wesentlicher Teil der Sitzung wurde von zwei Vertretern der jüngeren Generation und des Parlamentarischen Ostseejugendforums - Frau **Rama Akid**, die sich als syrischer Flüchtling in Deutschland vorstellte, und Frau **Sara Zdanovska** aus Lettland - gehalten. Sie berichteten über die Diskussionen während der Arbeitsgruppe Migration und Integration in Schwerin im Mai 2019 und präsentierten die Meinung der Jugendlichen zu diesem Thema. Die Jugendlichen betrachteten die wichtigsten Probleme der Einwanderer: Unterschiede in Kultur und Religion, Bildungsunterschiede, das Wetter - ein unterschätzter, aber wichtiger Faktor, der eine Rolle bei der psychischen Gesundheit der Einwanderer spielt -, die Sprache und die unterschiedlichen Verfahren bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz. Zu den Wünschen und Empfehlungen an die Entscheidungsträger gehörten: stärkere Information über Neuankömmlinge in den Aufnahmelandern und umgekehrt, Desegregation, politische Partizipation, Beteiligung von Jugendräten und Bildung.

Hans Wallmark, Abgeordneter des schwedischen Parlamentes, Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe Migration und Integration, stellte den zweiten Zwischenbericht der Arbeitsgruppe vor, der auf der Website der BSPC heruntergeladen werden kann. Er erklärte: „Die Herausforderung besteht darin, dass jedes Mitgliedsland seine eigenen historischen Erfahrungen, Traditionen und politischen Kulturen hat. Es ist kein Geheimnis, dass die Mitgliedsstaaten der BSPC unterschiedliche Ansätze zur Migration haben. Was in einem Land gut funktioniert, funktioniert in einem anderen vielleicht gar nicht. Manchmal müssen wir eine Richtlinie ändern, um sie in unserem eigenen Umfeld erfolgreich zu machen. Der wichtigste Aspekt ist, dass wir aufgeschlossen sind und versuchen, aus den Erfolgen und Fehlern des anderen zu lernen. Das ist es, worum es bei der baltischen Zusammenarbeit gehen sollte.“

Herr **Tuomas Martikainen**, Direktor des finnischen Migrationsinstituts, stellte einige Überlegungen und Schlussfolgerungen zur Politikbewertung und zu Empfehlungen zur Einwanderungs- und Integrationspolitik der Ostseeregierungen vor. Er schlug vor, dass die von anderen Organisationen [z. B. OECD, Migrant Integration Policy Index (MIPEX), Nordic Welfare Centre und International Organization for Migration (IOM)] erhobenen Umfragen in Zukunft mit den von den BSPC-Mitgliedern erhobenen Daten kombiniert werden könnten. Dies würde die Rolle der öffentlichen Politik bei der Erleichterung der Arbeitsbedingungen für Nichtregierungsorganisationen und für informelle Netzwerke unterstützen und so die Integration von Einwanderern stärken.

Die nächsten Redner, Frau **Annika Annerby Jansson**, Präsidentin des Regionalrats von Skåne, und Frau **Katarina Carlzen**, sprachen über die mehrstufigen Erfolgsmodelle zur Integration in Skåne. Im Falle von Skåne war die mehrstufige Arbeitsweise der Schlüssel zum Erfolg. Frau Jansson informierte das Publikum darüber, dass von der Region Skåne, dem Kreisverwaltungsrat und dem Skåneer Gemeindeverband eine gemeinsame Strategie ausgearbeitet worden sei. Die Verantwortlichkeiten wurden von den nationalen, regionalen und lokalen Behörden sowie der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft geteilt. Sie betonte, dass eine gemeinsame Strategie in eine konkrete Praxis mit unterschiedlichen und sich ergänzenden Rollen umgesetzt werden müsse. Diese Arbeitsmethode - eine mehrstufige Plattform, die „Partnership Skåne“ - wurde teilweise auf große Teile Schwedens übertragen, an der alle schwedischen Bezirke mit mehr als 150 Gemeinden, fünf Universitäten und einer großen Anzahl von NGO beteiligt waren.

Im nächsten Teil der Sitzung wurden zwei BSPC-Berichte vorgestellt, der Bericht für nachhaltigen Tourismus von Frau **Sara Kemetter**, Abgeordnete des åländischen Parlaments, und von Herrn **Jörgen Pettersson**, Vizepräsident des BSPC, sowie von **Dr. Thomas Etzold** über die Umsetzung der 27. BSPC-Resolution.

Die vierte Sitzung wurde mit der Generaldebatte abgeschlossen. Der Inhalt der Debatte war nicht vorgegeben, sodass jeder Parlamentarier und jeder Teilnehmer die Möglichkeit hatte, unabhängig vom Konferenzthema Themen anzusprechen, die ihm besonders wichtig waren.

Zum **Abschluss der Konferenz** verabschiedeten die Parlamentarier einstimmig eine Resolution, die sich mit der Zusammenarbeit im Ostseeraum, der Zukunft des Arbeitslebens, der Bewahrung der Ozeane - der Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2030 - sowie mit Migration und Integration befasste. In ihrer Resolution forderten sie unter anderem, das Vertrauen zwischen allen Mitgliedstaaten des Ostseerates (CBSS) durch weitere konkrete Anstrengungen und Maßnahmen zu stärken, die frühzeitige Einbeziehung der nächsten Generation zu intensivieren und die Anliegen der nächsten Generation intensiver in Politik- und Entscheidungsprozesse durch konkrete Maßnahmen der Regierungen zu berücksichtigen, um die Grundlagen des Vertrauens und der Sicherheit im Ostseeraum als Element der Außenpolitik zu stärken, so früh wie möglich Ideen auf Ministerebene umzusetzen und auszutauschen, die aktuellen Überlegungen und strategischen Ansätze der Sozialpartner in die Bewältigung der erheblichen Herausforderungen im Hinblick auf die Zukunft des Arbeitslebens einzubeziehen und den frühzeitigen Austausch zu nutzen, um diese Herausforderungen in den einzelnen Ländern des Ostseeraums zu bewältigen, die Weiterentwicklung eines rechtsverbindlichen, weltweit wirksamen Mechanismus zur Bewirtschaftung von Kunststoffabfällen zu unterstützen und die Möglichkeit eines ostseeweiten Abkommens über die künftige Steuerung der Migration zu prüfen.

Nach der erfolgreichen Verabschiedung der Resolution ging der Staffelpresident des Vorsitzes für die nächste und 29. Ostseeparlamentarierkonferenz nach Litauen. Die Konferenz ernannte einstimmig **Valerijus Simulik**, Mitglied des litauischen Parlaments, zum neuen Präsidenten der BSPC. **Jorodd Asphjell**, Mitglied des norwegischen Parlaments und **Pyry Niemi**, Mitglied des schwedischen Parlaments, wurden zu Vizepräsidenten des BSPC ernannt. Der kommende BSPC-Präsident **Valerijus Simulik** lud die Delegierten nach Vilnius ein (22. bis 25. August 2020) und betonte, dass die BSPC nach 15 Jahren nun nach Litauen zurückkehren werde. „Während unserer Präsidentschaft wollen wir besonderen Wert auf das legen, was uns besonders am Herzen liegt: die Förderung der Innovation durch Wissenschaft und Technologie und deren Zusammenspiel zur Erzielung eines besseren Mehrwerts bei der wirtschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage der Wissenschaft“, betonte er in seiner Rede als neuer Präsident der BSPC 2019 bis 2020.

Der Erfolg der 28. BSPC-Konferenz zeigte sich nicht nur in der einstimmigen Annahme einer Resolution mit weitreichenden gemeinsamen Zielen, sondern auch in der Schaffung einer Plattform für die Darstellung teilweise sehr unterschiedlicher Positionen und den Nachweis, dass in einer Debatte, die zu Beginn manchmal heftig, aber immer parlamentarisch geführt worden sei, ein Kompromiss erzielt werden könne.

Die vielen Diskussionen im Plenarsaal von Storting, im Rahmen des Kulturprogramms und insbesondere am Abend, zu denen der Präsident von Storting die Teilnehmer eingeladen hatte, trugen dazu bei, bestehende Spannungen auf einigen nationalen Ebenen abzubauen, neues Vertrauen aufzubauen, die Zusammenarbeit zu vertiefen und gemeinsame, zukunftsorientierte Maßnahmen zu beschließen.

BSPC-Präsident **Jorodd Asphjell** schloss die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz in Oslo mit „tausend Dankeschön“ - „tusen takk“ an alle Teilnehmer.“

Anlage 2



Entschließung der Konferenz

angenommen von der 28. Ostseeparlamentarierkonferenz am 27. August 2019 in Oslo

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, die vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo (Norwegen) zusammengekommen sind,

- unter Hervorhebung der Bedeutung des fortwährenden und nachhaltigen politischen Dialogs in der Ostseeregion, der durch den Ostseerat (CBSS) verfolgt wird; der Ostseerat fungiert als allgemeines regionales Forum, dessen Schwerpunkt auf dem Kooperations- und Koordinationsbedarf unter den Ostseeanrainerstaaten liegt;
- unter Hervorhebung der Notwendigkeit der friedlichen und engen Zusammenarbeit und des gutnachbarlichen Verhaltens auf der Grundlage von demokratischen Werten, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten sowie Chancengleichheit und nachdrücklicher Forderung nach einer regelmäßigen Fortführung der Außenministertreffen des Ostseerates auch unter dänischem Vorsitz; darüber hinaus unter Forderung der Wiederaufnahme der Gipfeltreffen der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten - soweit möglich - und einer engeren Zusammenarbeit auch auf Ebene anderer Ministerien;
- die Erfolge bei der Entwicklung der praktischen Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Rahmen des Ostseerates, der Nördlichen Dimension, der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland sowie des Programms *Interreg Baltic Sea Region* mit Dankbarkeit zur Kenntnis nehmend;
- unter Begrüßung der Bemühungen des lettischen Ostseeratsvorsitzes um die Verbesserung der Kohärenz der Zusammenarbeit in der Ostseeregion und in Würdigung der Fortschritte des Ostseerates - auf der Grundlage der Prioritäten von Integrität und sozialer Sicherheit, Dialog und Verantwortung;
- unter Hervorhebung des erfolgreichen Betriebs der Projektunterstützungsfazilität des Ostseerates als effizientes Mittel zur Unterstützung und Förderung der projektbasierten Zusammenarbeit in der Ostseeregion;

- in Billigung der detaillierten Erklärungen der Regierungen der Ostseeanrainerstaaten zur Entschließung der 27. Ostseeparlamentarierkonferenz und zur intensiven Unterstützung der Aufrufe zum Handeln;
- unter Erörterung der Kooperation, sauberen Weltmeere und der Zukunft des Arbeitslebens sowie der Migration und Integration;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf, im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. das Vertrauen zwischen allen Mitgliedstaaten des Ostseerates (CBSS) mithilfe weiterer konkreter Bemühungen und Maßnahmen zu stärken;
2. die frühzeitige Einbindung der nachfolgenden Generation zu intensivieren und die Sorgen der nachfolgenden Generation bei politischen Prozessen und Entscheidungsprozessen stärker zu beachten, und zwar mithilfe konkreter Maßnahmen seitens der Regierungen zur Stärkung der Grundlagen des Vertrauens und der Sicherheit in der Ostseeregion als Element der Außenpolitik;
3. die Zusammenarbeit im Rahmen der Nördlichen Dimension, der grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland sowie des Programms *Interreg Baltic Sea Region* fortzusetzen und sich aktiv in die Entwicklung aktualisierter Versionen dieser Programme für die Zukunft einzubringen;
4. den aktuellen Reformprozess des Ostseerates abzuschließen und den Schwerpunkt verstärkt auf Synergien zwischen den Kooperationsformaten in der Ostseeregion zu legen;
5. die Möglichkeiten zur Herstellung einer fruchtbaren professionellen Zusammenarbeit auf völkerrechtlicher Grundlage - wie sie z. B. im Bereich der Umweltpolitik seit Jahrzehnten mithilfe von Institutionen wie HELCOM erfolgreich besteht - auch in anderen politischen Bereichen auszuloten;
6. die Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus im Einklang mit den Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu verstärken und anzuerkennen, dass die effektive Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus und nicht zuletzt der Verbreitung von Desinformation als Schlüsselement ein wichtiger Pfeiler des Schutzes der Demokratie ist. Den Parlamenten kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu; dies gilt auch für die Kenntnis aller Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus auf internationaler Ebene;

im Hinblick auf die Zukunft des Arbeitslebens

7. schnellstmöglich einen Ideenaustausch auf Ministerebene umzusetzen, bei dem die aktuellen Überlegungen und strategischen Ansätze der Sozialpartner zur Bewältigung der erheblichen Herausforderungen im Hinblick auf alternde Bevölkerungen und folglich der Druck auf die Rentensysteme, die neuen Anforderungen des Arbeitsmarkts bezüglich Fertigkeiten und Qualifikationen sowie die Digitalisierung und weitere technologische Entwicklungen und die Notwendigkeit besserer Synergien zwischen Bildungssystemen sowie den Anforderungen der Arbeitsmärkte und zunehmende Arbeitsmobilität in Bezug auf ihre Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum berücksichtigt werden, beispielsweise in Bezug auf Länder, die darunter leiden, dass hoch qualifizierte und kompetente Menschen wegen besserer Chancen im Ausland ihre Heimat verlassen („Brain Drain“), den Zusammenhalt zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und die generationsübergreifende soziale Nachhaltigkeit;
8. den frühzeitigen Austausch aktueller Überlegungen und strategischer Ansätze zur Bewältigung dieser Herausforderungen in den einzelnen Ländern der Ostseeregion, die Erarbeitung gemeinsamer Schnittstellen, aber auch die Hervorhebung vorhandener Unterschiede bei den einzelnen Ansätzen als entscheidenden Beitrag zur gemeinsamen weiteren Entwicklung der gesamten Region zu nutzen;
9. langfristige Arbeitsmarktprognosen zu betrachten, darunter auch Szenarien für die Digitalisierung der Arbeitswelt, die Entwicklung mithilfe von Qualifikationen, Beschäftigung, Sektoren und Regionen und den Austausch kontinuierlicher und langfristiger Forschungsergebnisse bezüglich der Entwicklung der Beschäftigung und des Arbeitsmarkts in den Ländern der Ostseeregion. Auf dieser Grundlage eröffnen sich bessere Möglichkeiten für Maßnahmen zur Bewältigung der arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen, die sich durch den demographischen, technischen und qualifikationsspezifischen Strukturwandel stellen; diese Maßnahmen werden den Entwicklungen in der gesamten Ostseeregion Rechnung tragen;
10. die enormen Umbrüche in der Arbeitswelt, die sich voraussichtlich aus der fortschreitenden Digitalisierung ergeben, in zukunftsorientierter Weise und frühzeitig gemeinsam zu erörtern und Möglichkeiten auszuloten, mit denen diesen mithilfe von vergleichbaren Verfahren begegnet werden kann;
11. faire Rahmenbedingungen in Bezug auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in einer digitalen Wirtschaft zu vereinbaren und die grenzüberschreitende unternehmerische Aktivität weiter zu erleichtern;
12. die Gleichstellung von Männern und Frauen zu verbessern, eine stärkere Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt zu gewährleisten und zu diesem Zweck die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gleiche Beschäftigungschancen zu ermöglichen und dadurch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu reduzieren;
13. die Maßnahmen zur Unterstützung von Jugendlichen, die sich derzeit weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEET), bei der Rückkehr in Bildungsmaßnahmen oder auf den Arbeitsmarkt auf der Grundlage bewährter Methoden und der Ergebnisse der sektorübergreifenden transnationalen Zusammenarbeit zu verstärken;

im Hinblick auf Schutzmaßnahmen für die Weltmeere

zwecks Erreichung der Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung

14. das von 187 Staaten unterzeichnete geänderte Baseler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihre Entsorgung konsequent umzusetzen und dabei dessen Änderung und Entscheidungen über Plastikabfälle, die am 10. Mai 2019 beim Vierzehnten Treffen der Konferenz der Vertragsparteien des Baseler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihre Entsorgung als wichtige Beiträge zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Plastikabfälle entsprechend den Entschlüssen der Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedet wurden, zu berücksichtigen;
15. die Weiterentwicklung eines rechtskräftigen und weltumspannenden Mechanismus für den Umgang mit Plastikabfällen in Richtung der konsequenten Bekämpfung der Verschmutzung der Meere durch Plastikabfälle entsprechend den Entschlüssen der Ostseeparlamentarierkonferenz zu unterstützen;
16. mithilfe geeigneter Maßnahmen die beschleunigte Digitalisierung des Schiffsverkehrs und der grünen Schifffahrt zu fördern, um die Ziele für 2030 schnellstmöglich zu erreichen;
17. die Plastikabfälle-Partnerschaft zu unterstützen, die beim Vierzehnten Treffen der Konferenz der Vertragsparteien des Baseler Übereinkommens zwecks Mobilisierung der Ressourcen, der Interessen und des Fachwissens von Unternehmen, Regierungen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ins Leben gerufen wurde, um die Umsetzung neuer Maßnahmen zur Reduzierung der Erzeugung dieser Abfälle, darunter Mikroplastik, zu fördern und praktische Unterstützung zu leisten, z. B. mithilfe von Instrumenten, bewährter Praxis sowie technischer und wirtschaftlicher Hilfe;
18. konzertierte Maßnahmen für eine geeignete Regulierung auf globaler Ebene zwecks Stärkung der e-Navigation zu organisieren und den Weg zur autonomen Schifffahrt zu ebnen;
19. die laufenden Veränderungen und Prozesse in ökologisch und biologisch bedeutsamen Gebieten und die maritime Raumplanung als ausreichendes und notwendiges Instrument zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels 14 (Schutz und Wiederherstellung von Ökosystemen) der VN-Ziele 2030 systematisch zu nutzen und alle fortwährenden Maßnahmen zur Erreichung der SDG-14-Ziele zu intensivieren;
20. gemeinsam weitreichende Maßnahmen und Vorschläge für die VN-Konferenz 2020 über die Weltmeere zu entwickeln und zu versuchen, diese gemeinsam auf VN-Ebene weiterzuentwickeln und verstärkt entschiedene Maßnahmen auf internationaler Ebene zu erreichen, um die politische Unterstützung für diese Maßnahmen im Bereich der Verbesserung des Zustands der Weltmeere und deren Erholung zu gewährleisten;
21. die maritime Grundlagenforschung und Innovationen bei der Bewahrung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere zu unterstützen;
22. dafür zu sorgen, dass die Bestimmungen des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Übereinkommen, 1991) bei der Umsetzung von Projekten mit grenzüberschreitenden Auswirkungen in der Ostseeregion eingehalten werden;
23. dafür zu sorgen, dass bei Großprojekten, die die Küsten und Küstengebiete betreffen und größere Auswirkungen auf die Ökosysteme in der Ostseeregion haben, die Verpflichtungen eingehalten werden, die sich aus den einschlägigen internationalen Verträgen und Übereinkommen ergeben, darunter dem Espoo-Übereinkommen und dem Helsinki-Übereinkommen;

24. im Hinblick auf die Erfassung von Blindgängern und vergrabener/abgelagerter Munition in der Ostsee und in Bezug auf die aktuellen HELCOM-Aktivitäten zusammenzuarbeiten und eine grenzüberschreitende nachhaltige Strategie für den Umgang damit zu entwickeln, den Ostseerat aufzufordern, die Möglichkeit der Schaffung eines Finanzinstruments zur Überwachung, Eingrenzung/Sicherung, Bergung oder Zerstörung zu prüfen, da Blindgänger in der Ostsee eine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen können, insbesondere im Hinblick auf die von Touristen genutzten Schifffahrtsrouten und Küstengewässer; auf der Grundlage dieser Überwachungsergebnisse muss eine Expertenkommission jährlich die Risiken analysieren und evaluieren, die von der vergrabenen/abgelagerten Munition ausgehen, und entsprechende Handlungsempfehlungen abgeben;

im Hinblick auf Migration und Integration

25. die Möglichkeit einer ostseeweiten Vereinbarung über die künftige Steuerung der Migration zu prüfen;
26. die Umsetzung von „zentralen Anlaufstellen“ als Beispiele für bewährte Methoden, bei denen Migranten alle notwendigen Dienstleistungen aus einer Hand in Anspruch nehmen können, sowie die Möglichkeit persönlicher Integrationspläne zu erwägen;
27. Maßnahmen zur Förderung direkter und regelmäßiger Kontakte zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen, kommunalen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gemeinschaften und einzelnen Menschen zu treffen;
28. Dialogplattformen als offene und regelmäßige Kommunikations- und Koordinationsinstrumente für die beteiligten Interessengruppen zu unterstützen, um den gesellschaftlichen Dialog zu erweitern;
29. im Rahmen der strategischen Integrationsansätze die Aufnahmebereitschaft der aufnehmenden Gesellschaften mithilfe verstärkter demokratischer Teilhabe bei der Integration zu verbessern und dabei den Schwerpunkt stärker auf die kommunale Ebene als Bereich des täglichen Zusammenlebens zu verlagern;
30. die Gestaltung der Integration von Flüchtlingen durch zahlreiche Akteure auf kommunaler Ebene zu unterstützen und zu fördern; dies beinhaltet die systematische Teilhabe und den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft;
31. zu prüfen, in welchem Umfang der regelmäßige Austausch von Beispielen für bewährte Methoden in der gesamten Ostseeregion die Harmonisierung von Migrationsstrategien ermöglichen kann;

Ferner beschließt die Konferenz,

32. das freundliche Angebot des litauischen Parlaments dankbar zu begrüßen, die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 22. bis 25. August 2020 in Vilnius auszurichten.